

# Zivilschutz

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **70 (1995)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.05.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Schlussrapport auf dem Rütli

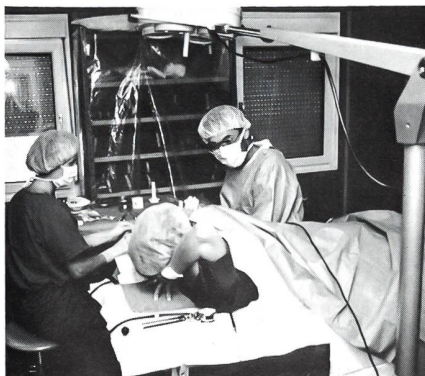
54 Jahre nach dem legendären Rapport von General Guisan hat am Samstag auf dem Rütli der Schlussrapport der **Reduitbrigade 24** mit der Standartenrückgabe stattgefunden. Die Reduitbrigade 24 habe ihren Auftrag erfüllt und dürfe ihre Aufgabe weitergeben, sagte Ständeratspräsident **Riccardo Jagmetti** in seiner Ansprache. Er ging insbesondere auf die veränderte Situation in Europa und das vielfältige Beziehungsnetz der Schweiz ein. Für den Kommandanten der Reduitbrigade 24, **Brigadier Robert Küng**, scheint die Auflösung notwendig. Dennoch sei ein Verlust an Sicherheit im weitesten Sinne. Der Abschied vom Reduit ist eine Folge der Armeereform. Die neue *«Armee 95»* verzichtet auf den grössten Teil der operativen Sperrverbände. Die Reduitbrigade 24 mit über 11 000 Wehrmännern war zuständig gewesen für den Raum vom südlichen Zürichsee bis zum Vierwaldstättersee und vom mittleren Reusstal über das Glarnerland an den Walensee. Die entsprechenden Verbände und deren Teilaufträge werden neu durch Armeekorps, Divisionen und eine Festungsbrigade übernommen.

Aus NZZ Nr 254/94

## Schlussfeier der Swiss Medical Unit in Wangen a/A

Am Samstagmorgen (12. November 1994) wurde im Rahmen einer Feier den Angehörigen der unbewaffneten Schweizer Sanitätseinheit (Swiss Medical Unit) in Wangen a/A ein offizielles Diplom überreicht. Damit würdigte die Eidgenossenschaft den freiwilligen Einsatz der rund 300 Schweizerinnen und Schweizer im Rahmen der friedenserhaltenden Operation in der Westsahara. Der Generalstabschef der Schweizer Armee, Korpskommandant **Arthur Liener**, bedankte sich auch im Namen der Landesregierung bei den Schweizer Baumützen und bezeichnete «den persönlichen Einsatz im Rahmen der UNO als einen wertvollen Beitrag auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt.»

Die unbewaffnete Schweizer Sanitätseinheit stellte zwischen September 1991 und Juni 1994 im Rahmen der Friedensmission MINURSO (Mission des Nations Unies pour le référendum au Sahara-occidental) in der Westsahara die medizinische Versorgung des UNO-Personals sicher. Rund 300 Schweizerinnen und Schweizer haben sich in dieser Zeit freiwillig dafür eingesetzt, dass der Waffenstillstand in der Konfliktregion weiterhin durchgesetzt werden kann.



Chirurgischer Eingriff im Operationscontainer in Laâyoune. Während den fast 3 Jahren Einsatz wurden 14 774 ambulante und stationäre medizinische Behandlungen gemacht.

Im Hinblick auf zukünftige Beteiligungen der Schweiz an friedenserhaltenden Operationen gab Korpskommandant **Liener** in Wangen a/A auch bekannt, dass momentan kein konkretes Einsatzbegehren an die Schweiz vorliege; doch sei es kein Geheimnis, dass der Bundesrat bereits einmal seine Bereitschaft bei einer allfälligen KSZE-Mission in Nagorni-Karabach zugesichert habe. Ferner soll eine in Auftrag gegebene *«Baumützen-Studie»* darüber Auskunft geben, was im Lichte des Abstimmungsergebnisses vom

12. Juni (Blauhelme) und unter den gegebenen politischen wie finanziellen Rahmenbedingungen in näherer Zukunft realisierbar sei.

EMD-Info

## Die Transport-Bataillone – Nutzung ziviler Ressourcen

Die Transport- und Strassenpolizeikompanien werden im Rahmen der Armeereform 95 in Transport-Bataillonen zusammengefasst und den Armeekorps unterstellt.

Die Dienstleistungen dieser Einheiten werden so terminiert, dass neben den Rekruten-, Unteroffiziers- und Offiziersschulen der Transporttruppen immer auch **Formationen für Hilfselnsätze zugunsten anderer Truppen oder ziviler Behörden bereitstehen**. Die Finanzlage zwingt die Armee, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um den Bestand der bundeseigenen Fahrzeuge auf das absolut notwendige Minimum zu senken.

Deshalb ist vorgesehen, Kapazitätsspitzen einerseits durch die Transport-Bataillone, andererseits aber auch durch noch intensiveren Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel und die Vergabe von Armeeaufträgen an private Transportunternehmen abzudecken. Im weiteren ist das Einmieten von zivilen Fahrzeugen geplant, was vor allem für relativ schlecht auslastbare Spezialfahrzeuge und -geräte (z B Kranwagen) wirkungsvoll sein dürfte. Im Ernstfall kommt zudem der Fahrzeug-Requisition noch grössere Bedeutung zu.

EMD-Info

## Festungswächter bewachen Gefängnisprovisorium Waid/Zürich

25 Angehörige des Festungswachkorps (FWK) entlasten die Zürcher Kantonspolizei bei der Aussenbewachung des Gefängnisprovisoriums Waid in Zürich. Die Einrichtung dieses Not-Gefängnisses ist eine der Massnahmen, die von den Zürcher Behörden mit Blick auf die Auflösung der offenen Drogenszene Zürich getroffen worden ist. Der Einsatz begann am 1. November 1994 und ist bis spätestens Ende Februar 1995 befristet.

EMD-Info

## MILITÄRBETRIEBE

### EMD-Arbeitsplatzabbau

An einer Veranstaltung der FDP des Kantons Bern hat der Vorsteher des EMD hervorgehoben, dass die Reduktion von Standorten und der Abbau von Militärarbeitsplätzen nicht nur eine Folge der Reformen, sondern auch eine solche des Spardrucks ist. Noch gravierendere Auswirkungen, nämlich den Verlust von etwa 25 000 Stellen, hätte die SP-Initiative zur Halbierung der Militärausgaben.

Mit der Neustrukturierung von Armee und Departement habe das EMD Reformwillen bewiesen, bevor es durch den Spardruck dazu gezwungen worden sei, sagte Villiger. Die desolate Lage der Bundesfinanzen führte indessen dazu, dass die Sparanstrengungen des Departements mit immer neuen Kürzungsrunden beim Militär bis an die Grenze des **Verkaufbaren verschärft** wurden. Deshalb fehlten heute die Möglichkeiten, überharte Auswirkungen bei den Arbeitsplätzen mit künstlichen Stützmassnahmen abzufedern. Der Stellenabbau wirkte sich sowohl bei den 50 eigenen Betrieben des EMD (11 000 Beschäftigte, 2,5 Milliarden Franken Umsatz) als auch bei der Verwaltung aus. Seit 1990 betrug die Reduktion 2300 Personen oder 11 Prozent des Gesamtbestandes – 1500 in den Rüstungsbetrieben, 800 in der Verwaltung –, bei nur 34 Entlassungen und 660 Frühpensionierungen. Bis zum Jahr 2001 würden

deutlich über 3000 Stellen (die ursprüngliche Planzahl) abgebaut, und das treffe in starkem Mass *«volkswirtschaftlich sensible Regionen»* – hauptsächlich in den Kantonen Bern und Uri –, weshalb diese Strukturänderung für Villiger verständlicherweise ein öffentliches Thema ist. Das EMD bemühe sich, die regionale und soziale Verantwortung ernst zu nehmen.

Noch weit gravierendere Folgen als alle bisherigen Umwälzungen hätte die Initiative der SP zur Halbierung der Militärausgaben: Schwächung der militärischen Sicherheit, Verlust an Glaubwürdigkeit und enorme Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Der Bundesrat rechne bei einer Annahme mit Arbeitsplatzverlusten in der Grössenordnung von 25 000 Stellen, erklärte der Vorsteher des EMD. Dazu komme, dass sich die Ausgangslage ständig verschlechtere, weil bei einer Halbierung der Ausgaben alle bisherigen Einsparungen bei der Landesverteidigung doppelt ins Gewicht fielen, ein grosser Teil der freiwerdenden Mittel für neuartige Staatsaufgaben gebunden wäre und die leidende Bundeskasse gar nicht zu zusätzlichen Geldern käme.

Gekürzt aus NZZ Nr 274/94

## ZIVILSCHUTZ

### Glaubwürdigkeit in Frage gestellt

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes hat an seiner Sitzung vom 15. November 1994 mit grösster Besorgnis davon Kenntnis genommen, dass die Einsparungen beim Zivilschutz einen Punkt erreicht haben, der die Glaubwürdigkeit des zivilen Bevölkerungsschutzes ernsthaft in Frage stellt.

Als Vertreter der Basis stellen die Mitglieder des Zentralvorstandes fest, dass die Zivilschutzreform einem echten Bedürfnis entspricht. Die dem Zivilschutz neu anvertraute Aufgabe der Katastrophenhilfe findet überall Zustimmung. Die Verantwortlichen des Zivilschutzes wie auch die Schutzdienstleistenden sind sehr motiviert, die neue Herausforderung anzunehmen und den Zivilschutz zu einem effizienten Hilfs- und Rettungsinstrument im Dienste der Bevölkerung auszubauen.

Die Mitglieder des Zentralvorstandes haben grosses Verständnis für die auf allen Stufen notwendigen Sparanstrengungen. Sie weisen darauf hin, dass der Zivilschutz wie kein anderer Bereich der staatlichen Tätigkeit den **Tatbeweis für die Ernsthaftigkeit seines Sparwillens erbracht** hat. Denn bis zum Jahre 2010 wird der neue Zivilschutz insgesamt mehr als **2,8 Milliarden Franken Einsparungen** bringen – für den Bund, die Kantone, Gemeinden und Privaten!

Die Zentralvorstandsmitglieder des Schweizerischen Zivilschutzverbandes sind sich bewusst, dass der Zivilschutz mit den Einsparungen grosse Opfer erbringt. Trotzdem halten sie die Einsparungen für verantwortlich. **Bei der Ausrüstung und in der Ausbildung sind jedoch weitere Kürzungen nicht mehr annehmbar. Die neue Einsatzrüstung für die Rettungspioniere muss unter allen Umständen etappenweise wie vorgesehen bis 1999 beschafft werden können.** Diese Ausrüstung entspricht einem dringenden Bedürfnis und ist eine wichtige Voraussetzung für einen wirksamen Einsatz bei der Katastrophenhilfe. Ebenso darf auch an der Ausbildung nicht weiter gekürzt werden. Denn damit würde nicht nur die Effizienz des Zivilschutzes in Frage gestellt, sondern auch das Volk hintergangen, das Anrecht auf einen wirksamen Schutz bei Katastrophen und in anderen Notlagen hat.

Die Mitglieder des Zentralvorstandes des Schweizerischen Zivilschutzverbandes rufen deshalb alle Entscheidungsträger auf, mit den Sparübungen bei der Ausrüstung und Ausbildung des Zivilschutzes Schluss zu machen und die ernsthaften Bemühungen des Zivilschutzes für eine effiziente Hilfeleistung in allen Notlagen anzuerkennen.

Schweizerischer Zivilschutzverband,  
Zentralvorstand